

Mittelstands - Notkündigung in Riesa.

Abwehr des gewerblichen Mittelstandes gegen ungerechte Beleidigung und Unterdrückung.

Der Innungsausschuss Riesa und sämtliche hiesige Innungsmeister hatten für gestern Abend zu einer Mittelstands-Kundgebung im „Wettiner Hof“ ausgerufen, die vom Vorsitzenden des Innungsausschusses, Herrn Tapezierer-Obermeister Billing geleitet wurde. Er mußte der Versammlung zunächst bekanntgeben, daß der als Referent des Abends vorgesehene Herr Dr. Kunze vom Landesauschuss des Sächsischen Handwerks infolge Erkrankung am Erscheinen verhindert sei und daß an seiner Stelle als Beauftragter des Landesauschusses Herr Obermeister Kaiser-Dresden gekommen sei, um den Vortrag zu halten. — Wenn auch die Versammlung von einigen hundert Männern und Frauen besucht war, so hätte man doch in Anbetracht der bedeutungsvollen Kundgebung eine weit stärkere Beteiligung erwarten können. Erstreckt über waren die Handwerksmeister der benachbarten Ortschaften in stattlicher Anzahl erschienen, während aus Riesaer Interessentenkreisen sonderbarer Weise viele fehlten. Das ist bedauerlich und schmerzhaft. Die eindringlichen Ausführungen des Vortragenden waren es wirklich wert, vor einer Massenversammlung gesprochen zu werden.

In überzeugenden, die Notzeit klar umreisenden Darlegungen verbreitete sich

Obermeister Kaiser-Dresden

über das zeitgemäße Thema:

„Der Kampf um die Erhaltung des Handwerks und gewerblichen Mittelstandes“.

Er wies einleitend darauf hin, daß der Landesauschuss des Sächsischen Handwerks in den gegenwärtigen Tagen Kundgebungen veranstaltet, die bisher in rund 30 sächsischen Städten gehalten worden sind. Überall sei der Besuch ein sehr karer gewesen und überall sei erreicht worden, was man erhofft und gewünscht habe. Um so verwunderlicher sei es, daß der Besuch der Riesaer Kundgebung zu wünschen übrig lasse, um so mehr, als man von Riesa eine derartige Besetzung nicht gewöhnt sei. Er (Redner) könne nicht annehmen, daß es den Riesaer Kreisen des Handwerks und des gewerblichen Mittelstandes besser ergehe, als denen anderer Städte und Ortschaften. Ueberall hätten die Besucher der Kundgebungen einstimmig erklärt, daß sie unter den Vorken, die sie drücken, sehr zu leiden haben. Man müsse endlich einmal begreifen lernen, um was es geht, und es sei für die Führer der Bewegung angenehmer, wenn sie wissen, daß der gesamte Mittelstand hinter ihnen steht. Die Not sei innerhalb des gesamten Mittelstandes eine ganz besondere Art. Der gewerbliche Mittelstand betrachte sich als ein kleines Glied, er sei aber nicht das kleinste Glied in der großen Kette der deutschen Wirtschaft und es würde eine sehr sichtbare Lücke entstehen, wenn dieses Glied aus der gesamten Wirtschaft herausgenommen würde. Es bestehe zunächst die Falsche, daß sich der gewerbliche Mittelstand gegenüber zwei mächtigen Feinden befindet: dem Großkapital und dem Sozialismus. Von beiden Seiten werde behauptet, der gewerbliche Mittelstand und seine Produktion werde bald nicht mehr sein, es werde von ihnen nichts mehr übrig bleiben als der Staub. Zwei Größen aus diesen beiden Lagern müßten eigentlich Feinde sein. Es müsse aber festgestellt werden, daß die beiden einig sind, wenn es gegen den Mittelstand geht. Wenn es geht, den Mittelstand zu vernichten, dann reichen sich beide die Hand.

Den überzeugenden, etwa stündigen trefflichen Ausführungen des Vortragenden lag im weiteren etwa folgender Gedankengang zugrunde:

Der gewerbliche Mittelstand kämpft nicht etwa um besondere Vorrechte, sondern um sein gutes Recht auf allen Gebieten der sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen. Die heute sich in ganz besonderer Weise bemerkbar machende Kapitalakkumulation strebe danach, den Mittelstand zu zerschlagen, um danach eine ungehemmte Preisbildung ausüben zu können. Durch diese Entwicklung werde auch die Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Aus diesem Grunde ginge die Landwirtschaft in diesem Kampf Hand in Hand mit dem Mittelstande. Der Gedanke der Selbsthilfe sei gerade im Mittelstande seit längerer Zeit lebendig.

Zu den finanzpolitischen Fragen übergehend, erklärte der Redner, daß der Mittelstand volles Verständnis für die erhöhten Anforderungen des Reichshaushaltes habe, daß er aber rundweg und einstimmig jede Steuererhöhung ablehne, solange nicht alle anderen Hilfsmittel erschöpft seien. Fast scheint es, als ob man die beinahe an Inflationsschiffen gemahnenden phantastisch hohen Ziffern im Etat nicht mehr in ihrer vollen Bedeutung einschätzen wisse. Auf jeden Fall müsse das Reich durch eine durchgreifende Reform ausfangen, den aufgeblassenen Verwaltungsapparat abzubauen und zu vereinfachen und ihn nicht immer mehr aufzubauern und zu vergrößern. Der dringlichste Posten im Etat in Höhe von 1,8 Milliarden für Wohlfahrtszwecke beweise, daß es kein leeres Schlagwort sei, wenn man heute von einem Wohlfahrtsstaat spreche, dessen Kosten zum größten Teile die Wirtschaft tragen müsse. 2,5 Milliarden müsse Deutschland im Jahre 1929, dem ersten Normaljahre der Abgaben, leisten, und nach dem herkömmlichen Gutachten des Reparationsagenten habe es leider nicht den Anschein, daß auf der gegenwärtig in Paris tagenden Sachverständigenkonferenz unsere Leistungen herabgesetzt würden. Dadurch, daß fremdes, geliehenes Kapital in Höhe von etwa 13 Milliarden bei uns umlaufe, wofür jährlich circa 1 Milliarde Zinsen zu zahlen seien, haben ausländische Kapitalkräfte fast vollständigen Einfluß auf unsere Produktion gewonnen. Deutschlands Weltstellung aber hänge ab von der Kapitalneubildung. Die jedoch durch unser gegenwärtiges Steuersystem so gut wie vollständig unterbunden sei. Das Selbstbestimmungsrecht der freien Wirtschaft sei zunächst gemacht, von einem freien Spiel der Kräfte könne ebenfalls keine Rede mehr sein, nicht zuletzt durch eine unverändliche Wirtschaftsbürokratie. Es sei die Forderung zu erheben, die Reparationsfrage nach der deutschen Leistungsfähigkeit zu regeln.

Die geplanten Steuererhöhungen berührend, erklärte der Redner, daß diese einseitigen marxistischen Charakter trügen. Zu befürchten sei, daß die einmalig vorgesehene Vermögenssteuerabgabe eine dauernde Einrichtung werde, und daß gerade zur Zeit der Pariser Konferenz die künftige Veranschlagung des deutschen Volkvermögens durch

die Erhöhung der Einheitswerte für den Grundbesitz sich sehr gefährlich auswirken müsse. Zu fordern sei vielmehr eine Angleichung der Steuerwerte an die Verbrauchs- oder Verkaufswerte. Zu verurteilen sei auch die demoralisierend wirkende Bekämpfung des Wettbewerbs. Die Erbschaftsteuerreform bedeute eine Ausschöpfung der Finanzkraft von Ländern und Kommunen, die jetzt zu Aufhängern des Finanzsystems geworden seien. Gegen diesen überhöhten Finanzsystem müsse man sich ebenfalls wenden. Durch die geplante Kürzung der Ueberweisungssummen von 120 Millionen würden wahrscheinlich die Kommunen zu härteren Kürzungen der Realsteuern gezwungen werden. Angeht es die Kommunen, so werden sie sich gegen eine Senkung der Realsteuern herbeiführen, für welche sie eine enorme, vielmals über 100prozentige Steuererhöhung. Eine weitere große Gefahr bestehe für die Realsteuern, denn die Gemeinden würden versuchen, damit ihre Hochbeiträge auszugleichen. Heute schon liegt beim Sächs. Gemeindetage ein Antrag auf Herabsetzung der Zuschlagsgrenze von 150 Proz. auf 100 Proz. vor. Der Mittelstand fordere gleiches Maßrecht und verlange daher angesichts der bestehenden Ausgabefremdschuld die Einführung von Zuschlägen auf die Einkommensteuer. Das ganze Steuervereinfachungsgesetz müsse daher abgelehnt werden, weil es nur eine Verzerrung der steuerlichen Verhältnisse mit sich bringe.

So sehr der Mittelstand dem Arbeitnehmer die Sicherung seines Lebens durch die sozialen Einrichtungen gönne, müsse er doch die unangenehme Verteilung wie das ganze heutige System als überhöht und überlebt kritisieren. Es sei ein Miskund, wenn es gegenwärtig etwa 3 Millionen Erwerbslose gäbe, auf der anderen Seite aber Handarbeitermannen herrsche. Die Erwerbslosenversicherung, welche der Redner, dürfte nicht dazu führen, daß man sich lieber damit ernähren lasse als selbst zu arbeiten. Gegen Ende des Jahres werde die Arbeitslosigkeit in der Arbeiterlosenversicherung infolge Wegfalls der Bedürftigkeitsprüfung mit etwa 100 Millionen Mark verschuldet sein. Die schematische Einführung des Arbeitsvertrages und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch das kommende Arbeitsgesetz bedeute für die deutsche Wirtschaft nur eine Anbelung des Arbeitswillens. Die Unterbindung der freiwilligen Mehrarbeit führe Gehilfen und Lehrlinge nur in das Lager der Unzufriedenen, und der Zwangsweise Ueberstundenzuschlag mache dem Handwerk eine gesunde Kalkulation unmöglich. Wenn alle Bestimmungen des Arbeitschutzgesetzes durchgeführt werden sollten, würde wohl dauernd ein Beamter hinter jedem Gewerbetreibenden stehen müssen.

Zum Schluß wandte sich Obermeister Kaiser den Warenhäusern und Konsumvereinen zu, wobei er u. a. ausführte: Die Konsumvereine haben gegenüber 1914 ihren Umsatz um 100 Prozent gesteigert, haben also eine große Ausbreitung erfahren. Sie besitzen die größten Bäckereien und Fleischerereien. 40 Prozent des Umsatzes beruht auf eigener Produktion. Gegenüber 1914 haben die Konsumvereine ihren Mittelstandbestand um etwa 100 Prozent erhöht. Man zählt unter den Konsumvereinsmitgliedern 178 000 selbständige Handwerker usw., 113 000 Landwirte, 800 000 Beamte. Die Konsumvereine sind einerseits der Reformzucht der sozialistischen Gewerkschaften und auf der anderen Seite mit die größten Kapitalgeber. Jeder in den Konsumvereinen befindliche Mittelständler läßt an sich „Selbstmord“ und „morder“ seine Verursacher. Auch die Warenhäuser wollen die Vernichtung des gewerblichen Mittelstandes. In diesen riesigen Finanzakkumulationen arbeitet internationales Kapital. Jeder findet die Frauen heute allzu sehr geneigt, in die Warenhäuser zu gehen. Man muß der mittelständischen Frau klarmachen, daß jeder Schritt ins Warenhaus einer Handlung gegen den gewerblichen Mittelstand gleich zu erachten ist.

Der Mittelstand in Stadt und Land müsse sich also die Hand reichen und endlich erkennen, daß es höchste Zeit ist, sich zu helfen. Landwirtschaft und gewerblicher Mittelstand seien auf Weisheit und Verstand miteinander verbunden. Das Gefühl der Verbundenheit dürfe aber nicht ausfliegen in böser, häßlicher Konkurrenz.

Redner wandte sich schließlich noch mit einem eindringlichen Appell an das ehrenwerte Berufsbeamtentum, das er ermahnte, auf der Hut zu sein, damit nicht aus dem Berufsbeamtentum ein Parteibeamtentum werde. — Er gab noch bekannt, daß Anfang Mai d. J. die Zeitung „Sächsischer Kurier“ für die Kreise des Mittelstandes herausgegeben werde, die er neben der Zeitungsdruckerei zu lesen empfahl.

Der Vortrag, für welchen der Versammlungsleiter herzlich dankte, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Dem Vortrage folgte freie Aussprache.

Als erster Debattierender ergriß Herr Stadt. Schinkel (bürgerliche Fraktion) das Wort. Er behandelte in seinen Ausführungen die Notlage der Gemeinden und die Stellungnahme der Gemeindevorstände, wobei er besonders auch die Verhältnisse im Riesaer Stadtverordnetenkollegium hervorhob und dabei die Stellungnahme der Fraktionen bei der Beratung der Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer schilderte. Er gab bekannt, daß die bürgerliche Fraktion aus Anlaß der im November des laufenden Jahres stattfindenden Stadtverordnetenwahlen öffentliche Vortragsabende veranstalten werde. Ein solcher Vortrag sei bereits geplant gewesen, als es sich um finanzielle Streitfragen gehandelt habe, es sei aber das gesamte Material der Presse zur Veröffentlichung übergeben worden. Die bürgerliche Stadtverordnetenfraktion habe Veranlassung, festzustellen, daß sie sich von den bürgerlichen Kreisen verlassen fühle. Es kämme sich jedoch, jahraus niemand von ihnen darum, was im Stadtverordnetenkollegium vorgehe. Und doch sei die Mithilfe aller Bürger so notwendig. Redner warnte davor, für die kommenden Stadtverordnetenwahlen von der bisherigen Passivität abzuweichen, eine bürgerliche Einheitsliste aufzustellen, da auch in anderen Städten mit einzelnen Sonderlisten gemachte Erfahrungen gegen die Ausbreitung von Sonderlisten sprächen. Es sei oftmals eine

Einigung bei Beratungen nicht erzielt worden. Herr Schinkel verbreitete sich sodann, nachdem er noch das Verhalten der Stadtverordneten der Volkspartei gestreift hatte, über allgemeine Fragen der gegenwärtigen Selbstverwaltung am Freitag, den 22. März, im Sächsischen Hof einen öffentlichen Vortragsabend veranstaltet, an welchem über den Kampf des Marxismus gegen das Bürgertum gesprochen werde.

In der weiteren Aussprache betonte sich auch Herr Stadtschreiber Schwaib, der sein Einverständnis zu den Ausführungen des Referenten zum Ausdruck brachte und darauf verwies, daß leider nur zu oft der Feind auch in den eigenen Reihen zu finden sei.

Niemlich lange sprach Herr Stadt. Billing (Volkspartei), wobei er in der Hauptsache die Parteipolitik der Volkspartei und ihrer Fraktionen im hiesigen Stadtverordnetenkollegium zu beurteilen suchte, sich aber im allgemeinen ebenfalls mit den Darlegungen des Vortragenden einverstanden erklärte.

In seinem Schlußwort kam Herr Obermeister Kaiser noch auf so manches Gebiet zu sprechen, das mit der Mittelstandsfrage verbunden ist. Zur Frage der hiesigen Stadtverordnetenwahlen betonte er, daß der Ausschluß dieser Wahlen von ausschlaggebender Bedeutung sein werde. Es bestehe die Möglichkeit, daß der Mittelstand die bürgerliche Mehrheit retten könne, wenn endlich das gesamte Bürgertum, in welchem die meisten Wahlmänner zu suchen seien, sich aus seiner Trägheit aufrichte. Herr Billing entgegnete er, daß die Aufwähler nicht immer mit den bürgerlichen Gegnern seien, sondern diesen sogar in entscheidenden Momenten in den Rücken gefallen seien. Redner widerlegte im weiteren die Angaben des Herrn Billing, daß beispielsweise die Sozialistenaufrührer ein Verdienst nur der Aufwählerpartei gewesen seien.

Erst gegen 11 1/2 Uhr war die Kundgebung zu Ende, die von Herrn Obermeister Billing mit der Bitte geschlossen wurde, alle Sammelorten aufzumachen und dem Rufe zu folgen, wenn es gilt, rechtliche Interessen zu vertreten.

Es wurde folgende

Entschließung

von der Versammlung einstimmig angenommen:

Von Jahr zu Jahr ist die wirtschaftliche Notlage von Handwerk und Gewerbe gestiegen. Eine vielfach verweilte Stimmung droht Platz zu greifen und den Aufbauplan zu gefährden. Nur eine Stimme kommt immer wieder zum Durchbruch:

Abbau der auf ein unerträgliches Maß gestiegenen Lasten aller Art.

In dieser schweren Notzeit erheben die am 12. März 1929 in Riesa versammelten Handwerker, Handels- und Gewerbetreibenden warnt ihre Stimme.

Sie fordern: Schutz des Handwerks und Gewerbes gegen die großkapitalistischen Konzerne und Trusts, gegen Warenhäuser und Konsumvereine. Abbau der Heftedrucke des Reiches, der Länder und Gemeinden.

Sie wenden sich gegen: Jede Abkehr der Vereinfachung und Protektionierung der deutschen Wirtschaft.

Sie fordern auf besonderem Gebiete: Revision der für das deutsche Volk untragbaren Reparationslasten unter Anpassung an die Leistungsfähigkeit.

Wesentlichste Verminderung der öffentlichen Ausgaben durch Begrenzung der öffentlichen Aufgaben und durch Anpassung der Verwaltung an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Deckung aller Haushaltsbedürfnisse des Reiches, der Länder und Gemeinden durch rückwärts durchgeführte Sparmaßnahmen und äußerste Ausgabenbeschränkung unter härtester Ablehnung jeder Steuererhöhung für das Handwerk.

Grundlegende Vereinfachung des Steuersystems und Verbilligung der ständig teurer gestiegenen Verwaltung. Verminderung der Realsteuernlasten, infolgedessen Ablehnung des Steuervereinfachungsgesetzes, soweit dieses eine Mehrbelastung der Klein- und Mittelbetriebe mit sich bringt.

Valdische Regelung des Finanzausgleichs unter Einführung des Zuschlagsrechtes zur Einkommen-, Körperschaftssteuer an Länder und Gemeinden unter Aufrechterhaltung der Steuerhoheit der Länder und unter Ablehnung eines überspannten Zentralismus. Aufhebung der steuerlichen Bevorzugung der öffentlichen Hand und der Konsumvereine.

Sie fordern auf sozial- u. wirtschaftspolitischen Gebiete: Abbau der sozialen Lasten auf ein für die Wirtschaft erträgliches Maß und sparsame Verwaltung in den sozialen Körperschaften.

Ablehnung jeder Zwangsversicherung für Selbstständige. Erhaltung und Förderung der Innungskassen.

Rücknahme auf die besonderen Betriebsverhältnisse des Handwerks bei der endgültigen Regelung des Arbeitschutz- bzw. Arbeitszeitgesetzes. Zulassung der freiwilligen Mehrarbeit für Handwerksbetriebe.

Wirksamer Schutz gegen die immer mehr zunehmende Schwarzarbeit im Arbeitschutzgesetz.

Sicherstellung des handwerklichen Lehrvertrages als eines Ausbildungs- und Erziehungsvertrages im kommenden Berufsabschlussgesetz.

Das Handwerk und Gewerbe erwachen: daß Regierungen und Parlamente durch entschlossenes Handeln zur Erfüllung der Forderungen beitragen, das Maß der steuerlichen und sozialen Gesamtbelastung und damit die Existenzkosten für die Klein- und Mittelbetriebe herabsetzen und einer überhöhten Lohnpolitik Einhalt gebieten, da nur auf diesem Wege die von allen Volksteilen ersehnte Senkung des Preisniveaus und damit die Verbilligung der allgemeinen Lebenshaltung erreicht werden kann.

Raubüberfall auf ein Berliner Lichtspieltheater.

X Berlin. Der Geschäftsführer der Kanti-Bildspiele in Charlottenburg wurde in der vergangenen Nacht um 11,30 Uhr beim Errechnen der Tageseinnahmen in seinem Bureau, wo er sich mit drei anderen Angestellten des Theaters aufhielt, von zwei aus den oberen Stockwerken des Hauses kommenden Männern überfallen und mit verheerendem Revolver zur Grundabgabe der Kasse ge-

zwungen. Die Räuber, von denen der eine die Uhr bewachte, während der andere die Verhandlungen führte, zwangen den Geschäftsführer auch, ihnen die Briefkäse auszugeben, aus der sie das Bargeld herausnahmen. Ein Versuch des Geschäftsführers, das Ueberfallkommando zu benachrichtigen, mißlang, da der Räuber ihm sofort die Pistole auf die Brust setzte. Der Räuber blieb auf dem Platz liegen. Das Amt meldete sich auch, jedoch aber nicht zum Eingreifen veranlaßt. Ueberraschend ist es, daß obwohl 3 Personen im Raum waren, eine bestimmte Aus-

sage über das Aussehen der Räuber bisher nicht zu erlangen war. Nach Aussage eines Zeugen waren sie maskiert und hatten einen Schal um den Mund gebunden. Nach Aussagen eines anderen nur den Mantelkragen bis zum Mund heruntergelassen und eine Autobombe vorzubereiten. Die Räuber hatten vor dem Theater ein Privatauto stehen, in dem sie nach dem Ueberfall unbedeutend davonfuhren. Es soll kein Grund für die Unachtsamkeit des Geschäftsführers gegeben sein. Die genaue Tageseinnahme beträgt ungefähr 410 Mark.